

18.12.2017

Diskriminierung macht krank und schwächt das Demokratievertrauen – Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft stellt Studienergebnisse zu Diskriminierungserfahrungen vor

Mit zunehmenden Diskriminierungserfahrungen sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und das Sicherheitsgefühl im Bundesland. Viele Betroffene fühlen sich aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert. Die Gesundheit der Betroffenen leidet nachweislich. Diese Auswirkungen verstärken sich, wenn Betroffene zusätzlich Opfer von Hasskriminalität werden. Die Daten zeigen, dass auch in Thüringen Sexismus sehr viel stärker angegangen werden muss.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), welche heute im Rahmen der Veröffentlichung des neuen Bandes der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ vorgestellt wurde.

In der Studie standen neben den Erfahrungen der Betroffenen vor allem die psychologischen Auswirkungen von Diskriminierung im Vordergrund. Es können somit individuelle und gesamtgesellschaftliche Folgen von Diskriminierung offengelegt und Handlungsempfehlung für Maßnahmen gegen Diskriminierung abgeleitet werden.

Von den 167 Teilnehmenden berichteten 80 Prozent über Ausgrenzung und Beleidigungen in persönlichen Begegnungen, 59 Prozent von sexualisierten Kommentaren und 46 Prozent von Hasssprache im Internet (Mehrfachantworten waren möglich). 77 Prozent fühlten sich von einer herabwürdigenden Darstellung ihrer sozialen Gruppe in den Medien betroffen. Von institutioneller Diskriminierung fühlten sich über ein Drittel der Teilnehmenden betroffen: 35 Prozent erlebten eine diskriminierende Ablehnung bei einer Bewerbung, 32 Prozent fühlten sich ohne Verdacht kontrolliert (z.B. von Polizei, Einlasspersonal).

Auf die Frage, aufgrund welches Merkmals sich die Teilnehmenden diskriminiert fühlten, antworten unter anderem 46 Prozent „Geschlecht“, 41 Prozent „Weltanschauung“, 21 Prozent „Herkunft“ und 20 Prozent „sexuelle Orientierung“. Nur 27 Prozent gaben ein einziges Merkmal als Diskriminierungsgrund an, 21 Prozent vermuteten zwei und 27 Prozent vermuteten drei Merkmale.

Korrelationsanalysen zeigen zum einen die Zusammenhänge zwischen der ansteigenden Häufigkeit erlebter Diskriminierung mit dem sinkenden Vertrauen in politische Institutionen (wie Landesregierung, Polizei), dem abnehmenden Sicherheitsgefühl im Bundesland und der schlechteren Gesundheit auf. Auch die Anzahl der Merkmale aufgrund derer Betroffene Diskriminierung erleben, wirkt sich negativ aus.

„Besonders interessant ist, dass die wenigsten Menschen in unserer Befragung nur ein Merkmal als Diskriminierungsgrund wahrnehmen. Die Anzahl der Erfahrungen, aber eben auch die Anzahl der Merkmale, wirken sich negativ auf die Gesundheit aus, verringern das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen in demokratische Institutionen. Werden Menschen zusätzlich noch Opfer von Hasskriminalität verstärken sich diese Auswirkungen.“, fasst Janine Dieckmann die Hauptergebnisse zusammen. Außerdem ergänzt sie: „Wir waren überrascht von der Menge der sexualisierten Übergriffe, die Frauen in unserer Umfrage berichteten. Unsere Ergebnisse zeigen, dass auch in Thüringen das Problem Sexismus auf verschiedenen Ebenen stärker angegangen werden muss.“

Aus den Ergebnissen der Betroffenenumfrage leitet sich ab, dass öffentliche Debatten stärker auf mehrdimensionale Diskriminierung fokussieren sollten: Welche besonderen Herausforderungen haben Menschen, die mehreren Diskriminierungsgründen ausgesetzt sind, etwa homosexuelle Geflüchtete oder Frauen mit Behinderung. „Es ist höchste Zeit auf Landesebene über die gesamtgesellschaftliche Verantwortung gegenüber Betroffenen zu diskutieren. Bildungsmaßnahmen in Form von Workshops als einzige Antidiskriminierungsmaßnahme durchzuführen, reicht lange nicht aus. Vor allem individualisiert dieser Ansatz ein sozial generiertes Problem. Um die Betroffenen nicht allein zu lassen, ist die Einrichtung von niedrigschwelligen community-basierten Beratungsstellen mit professionellen Standards wichtig,“ empfiehlt Janine Dieckmann.

Über die Studie: 167 Personen aus Thüringen, die sich selbst als Betroffene von Diskriminierung wahrnahmen, nahmen an der Online-Befragung im Zeitraum Juli bis September 2017 teil. Die Stichprobe ist selbstselektiv und nicht repräsentativ für die unbekannte Grundgesamtheit aller in Thüringen von Diskriminierung Betroffenen. Die Daten wurden deskriptiv und mittels korrelativer Zusammenhangsanalysen ausgewertet.